



LIBERALE POLITIK: CHANCEN UND RISIKEN SOLDATENMISSHANDLUNGEN IN DER RUSSISCHEN ARMEE

■ ANALYSE		
	Haben die Liberalen in Russland eine Chance? Elfie Siegl, Berlin und Moskau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Ergebnisse der Dumawahlen 1993, 1995, 1999 und 2003	6
	Vertrauen zu Politikern: Putin und die Führer der Liberalen	7
	Gibt es in Russland Demokraten?	7
■ STANDPUNKT		
	Haben liberale Kräfte eine Zukunft? Galina Michaleva, Moskau	12
■ UMFRAGE		
	Soldatenmißhandlungen in der russischen Armee	15
	Die Armee in der öffentlichen Meinung	15
	Die „regelwidrigen Verhältnisse“ in der russischen Armee	17
■ CHRONIK		
	Vom 15. bis zum 23. Februar 2006	21

Analyse

Haben die Liberalen in Russland eine Chance?

Elfie Siegl, Berlin und Moskau

Zusammenfassung

Seit die russischen liberalen Demokraten 2003 den Einzug ins Parlament verfehlten, ist ihre Krise offensichtlich. Die Nähe zu den Machthabern, die Kluft zwischen der liberalen politischen Elite und dem Volk, die Zersplitterung der demokratischen Bewegung, ein übersteigter Ehrgeiz und ein Konkurrenzdenken der liberalen Führungspersonen sind Gründe dafür. Altgediente demokratische Politiker sind diskreditiert und verbraucht. Die Nachfolgegeneration ist noch zu unerfahren. Vor diesem Hintergrund könnten die Parlamentswahlen 2007 und die Präsidentenwahlen 2008 für die liberalen Demokraten in Russland existenzbedrohend werden. Die Zukunft der Demokraten in Russland hängt für sie selbst entscheidend von der Frage ab, ob es ihnen gelingt, sich in den kommenden Monaten auf eine gemeinsame Partei und auf eine gemeinsame Führungspersonlichkeit zu einigen. Bisher ist eine solche Konsolidierung nicht in Sicht. Rivalitäten und Intrigen hinter den Kulissen werden fortgesetzt.

Die Angst vor Terror und Revolution

Russische liberale Demokraten unterscheiden sich grundsätzlich von liberalen Demokraten im Westen. Sie sind vor allem Gegner der Kommunistischen Partei in ihrem Lande. Sie haben ihre Wurzeln in den „nicht-formalen“ Gruppen und Klubs, die in den ersten Perestroika-Jahren entstanden waren. Dissidenten der Breschnew-Zeit, junge Intellektuelle, prominente Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Literatur und Journalismus gehörten damals zu den Mitgliedern dieser Bewegungen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion bildeten sich, zum Teil aus diesen „Nicht-Formalen“ die Anfänge politischer Parteien und Wählerblöcke. Vor den Parlamentswahlen 1993 entstand etwa der Block Jawlinskij-Boldyrjew-Lukin, aus dem dann die Partei Jabloko wurde. Radikalreformer wie Anatolij Tschubais, unter Jelzin zunächst als Minister für die Privatisierung von Staatseigentum verantwortlich, Boris Nemzow, junger Gouverneur in Nischnij Nowgorod und später Mitglied der russischen Regierung, gehörten zu den Gründern der Union rechter Kräfte (SPS). Die liberalen Demokraten setzten sich ökonomisch für die Entwicklung der Marktwirtschaft im postsowjetischen Russland ein. Politisch hatten sie nur ein Ziel: den Kampf gegen die Kommunistische Partei. Um dieses Ziel zu erreichen, scheuten sie keine Mittel. 1993, als der damalige Präsident Jelzin das von seinen kommunistischen Gegnern beherrschte Parlament beschließen ließ, gingen sie nicht in Opposition zu diesen undemokratischen Methoden. 1996 manipulierten sie den Präsidentenwahlkampf über die Medien, um sicher zustellen, dass der gesundheitlich schwer angeschlagene Jelzin und nicht Kommunistenfürer Sjuganow die Wahl gewann. Dann unter-

stützen sie zunächst Jelzins Nachfolger Putin. Als dessen Politik in wachsendem Maße autoritäre Züge annahm, äußerten einzelne Vertreter der Demokraten daran Kritik, eine demokratische Opposition zu Putin hat sich nicht gebildet.

Es ist zudem heute für die liberalen Demokraten schwieriger als in den neunziger Jahren, eine solche zu bilden, denn der Kreml tut alles, um das zu verhindern. Er schränkt immer mehr demokratische Rechte und Freiheiten ein. Das wird von politischen Beobachtern in Moskau mit der, vor allem aus dem Nordkaukasus herrührenden, Terrorisusgefahr begründet. Sie erreichte ihr vorerst größtes Ausmaß mit der Geiselnahme in einer Schule von Beslan im September 2004. Ein weiterer Grund dürfte die Angst des Kreml vor einer „orangenen Revolution“ à la Ukraine sein, bei der als Ergebnis gefälschter Wahlen eine demokratische Opposition Massenproteste mobilisieren und schließlich die Macht erobern könnte. Diese irrationale Angst, sollte sie denn in der Tat vorhanden sein, zeugt allerdings bei den Machthabern in Russland eher von einer mangelnden Kenntnis der Verhältnisse im Lande als von einer realen Gefahr für den Kreml in naher Zukunft. Im Unterschied zur Ukraine im Spätherbst 2004 sind in Russland oppositionelle Kräfte zersplittert und deren führende Köpfe von übersteigertem Ehrgeiz, der Überschätzung eigener Fähigkeiten und Konkurrenzdenken geprägt. Eine politische Persönlichkeit vom Range Viktor Juschtschenkos, die das demokratische Lager vereinen und womöglich einen Machtwechsel herbeiführen könnte, ist bisher in Russland nicht in Sicht. Stattdessen gibt es viele altgediente liberale Politiker, die sich gerne mit zwei Attributen schmücken: einer

eigenen Partei und dem Ehrgeiz, Präsident zu werden. Grigorij Jawlinskij ist einer von ihnen. Der Vorsitzende von Jabloko, der einst ein 500-Tage-Programm zur Reform der sowjetischen Wirtschaft vorschlug, hat mehrfach chancenlos für das Präsidentenamt kandidiert, sich jedoch stets geweigert, reale politische Verantwortung zu übernehmen. Das hinderte ihn aber nicht daran, mit den wechselnden Kremlchefs um hochrangige Regierungsposten zu buhlen. Irina Chakamada, einst Vize-Sprecherin der Staatsduma, des Parlaments, träumte ebenfalls davon, in den Kreml einzuziehen. Nach einem für sie aussichtslosen Wahlkampf gründete sie die Partei Nasch Wybor. Tschubais leitet seit Jahren den größten russischen Staatskonzern, den Elektrizitätsriesen RAO EES. Böse Zungen behaupten, er finanziere SPS aus Mitteln des Konzerns. Auf jeden Fall sorgt er hinter den Kulissen dafür, dass die Partei dem Kreml nicht missfällt.

Das Spektrum an demokratischen Parteien und Gruppen heute ist breit gefächert. Jabloko und SPS gehören dazu, die Partei der Soldatenmütter, Garry Kasparows Vereinigte Bürgerfront, Boris Nemzows Komitee 2008, das sich für demokratische Präsidentenwahlen einsetzt, die Partei Nasch Wybor, die Republikanische Partei des unabhängigen Duma-Abgeordneten Wladimir Ryschkows, einige Jugendorganisationen sowie eine Reihe von Menschenrechts-Organisationen und Einzelpersonen. Bisher haben sich nur von Fall zu Fall Bündnisse gebildet: so unterstützte etwa SPS bei den Wahlen zum Moskauer Stadtparlament im vergangenen Dezember Jabloko, die dann 11 Prozent der Stimmen erhielt.

Die Krise des russischen Liberalismus

Spätestens seit dem Fiasko vom Dezember 2003, als Jabloko und SPS bei den Wahlen zur Staatsduma jeweils an der 5 Prozent-Klausel scheiterten – im Parlament sind seither keine demokratischen Parteien mehr vertreten – ist die Krise des Liberalismus deutlich zu Tage getreten. Für diese Krise nennt die Politologin Lilja Schewzowa mehrere Gründe, darunter die liberale Rhetorik einer nichtliberalen Macht, was bedeutet, dass der Kreml rhetorisch das Feld liberal-demokratischer Politik besetzt; die verpasste Gelegenheit der liberalen Demokraten der Jelzin-Generation, sich als Opposition zur Macht zu konsolidieren; ihre Ignoranz gegenüber Problemen wie Gleichheit und Gerechtigkeit, die Schwierigkeit, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in einer Gesellschaft umzusetzen,

in der liberale Reformen nicht vollendet wurden und es starke Traditionen des Paternalismus gibt. Auch ist Schewzowa überzeugt, das geografische Territorium Russlands sei zu riesig für eine Integration in Europa, die Garant für eine liberal-demokratische Transformation sein könnte.

Für Irina Chakamada dagegen liegen die Gründe für diese Krise vor allem in einer Entfremdung zwischen der politischen liberalen Elite und dem Volk. Vom Standpunkt liberaler Ideen und Werte sei in Russland seit Beginn der neunziger Jahre ein qualitativer Sprung erfolgt. Die postsowjetischen Menschen seien demokratisch und absolut liberal geworden, sagt Chakamada. Sie stimmten bei Wahlen jedoch nicht für demokratischen Kräfte, weil sie deren Führern, etwa den Radikalreformern Gaidar und Tschubais, all das anlasteten, was ihnen im postsowjetischen Russland genommen worden sei – soziale Beihilfen, garantierte Arbeitsplätze, kostenlose Medizin und Ausbildung. Es gebe heute in Russland eine Riesenkluft zwischen dem Bedürfnis der Gesellschaft nach liberalen Führungspersonen und der realen politischen liberalen Elite. Der historische Weg der Liberalen der Jelzinzeit sei zu Ende. Jabloko und SPS seien bei den letzten Parlamentswahlen gescheitert, weil sie auf die Probleme der Menschen keine Antworten gehabt hätten. Die Demokraten haben, so die These Chakamadas, Russland verloren, weil sie zuließen, dass 1993 das Parlament beschossen wurde, weil sie sich 1996 an Wahlmanipulationen beteiligten und damit Jelzin zum künstlichen Sieg verhalfen. 1999 hätten sie mitgeholfen, Putin als Jelzin-Nachfolger aufzubauen, weil der bis dahin vollkommen unbekanntes Geheimdienst-Oberleutnant ihnen als Garant galt, dass der Jelzin-Clan für seine Taten später rechtlich nicht zur Verantwortung gezogen würde.

Durch die Politik im Interesse der Mächtigen und die Nähe zu den Kremlgewaltigen haben also liberale Demokraten ihre Glaubwürdigkeit als Opposition verspielt: im Unterschied zur Ukraine etwa sind in Russland tonangebende Oppositionelle nicht die liberalen Demokraten, sondern die Nationalisten und Patrioten. Das sei, meint der Politologe Hans-Joachim Spanger, ein Produkt der Polittechnologien und der gelenkten Demokratie Putins sowie eine Folge der Zersplitterung der Liberalen und einer zielgerichteten Ermutigung neuer und alter nationalistischer Parteien. Zu diesen Parteien gehören etwa die Nationalbolschewisten und der Block „Heimat“.

Ebenso wie die rechtsextreme liberaldemokratische Partei LDPR Schirinowskijs wurde „Heimat“ vom Kreml inspiriert. Parolen dieser Parteien wie „Russland – den Russen“, „Moskau – den Moskowitern“, „Reiche – ins Gefängnis“ werden von denen begeistert aufgenommen, die sich von den „Chaiselongue-Liberalen“ enttäuscht und verraten sehen. Russland sei schwanger mit dem Faschismus, warnt angesichts der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit und neonazistischer Aufmärsche auch Nemzow, allerdings wohlweislich einen wichtigen Grund dafür, das Scheitern der Demokraten, verschweigend.

Haben die russischen Liberalen eine Zukunft?

Die wichtigste Frage für die liberalen Demokraten in Russland lautet heute, gelingt es, sich zu konsolidieren, das heißt eine gemeinsame Partei zu gründen und sich auf eine gemeinsame Führungspersönlichkeit zu verständigen? Moskauer Politologen wie Lilja Schewzowa vom Carnegie-Zentrum oder Georgij Satarow, Leiter der Indem-Stiftung, sind überzeugt, dass von der Antwort auf diese Frage abhängt, ob die Liberalen in Russland eine Zukunft haben oder ob sie von der politischen Landkarte verschwinden werden. Viel Zeit für Antworten bleibt nicht mehr: Im Dezember 2007 wird in Russland ein neues Parlament gewählt und im März 2008 ein neuer Präsident. Im Vorfeld hat der Kreml die politischen Spielregeln weiter verschärft: einem neuen Parteiengesetz zufolge muss eine Partei statt bisher 10.000 jetzt 50.000 Mitglieder haben und in allen 89 Förderations-subjekten vertreten sein, um registriert zu werden. Auch ließ Präsident Putin das Wahlrecht ändern: so wurden etwa das Mehrheitswahlrecht abgeschafft, die Sperrklausel für den Einzug in die Duma von 5 auf 7 Prozent erhöht und Listenverbindungen von Parteien untersagt. Angesichts dieser Umstände, sollte man meinen, ist es den Liberalen bewusst, dass sie um ihre politische Existenz kämpfen müssen. Die Realität aber sieht anders aus. Es scheint, als hätten die liberalen Kräfte aus ihren früheren Niederlagen nichts gelernt. Denn weiterhin ist eine Einigung nicht in Sicht, im Gegenteil: die Zersplitterung und die Intrigen hinter den Kulissen gehen weiter. Jawlinskij, bis vor kurzem strikter Gegner von Parteibündnissen, sagt heute zwar, angesichts der Gefahr für die Liberalen müsse man alle Anstrengungen unternehmen, um sich zu vereinigen. Doch das sind nur Worte. Es gäbe für eine Verei-

nigung viele Probleme, meint der unabhängige Duma-Abgeordnete Wladimir Ryschkow. Sie lägen vor allem darin, dass jeder Parteiführer etwas opfern und bereit sein müsse, seine Partei und sich selbst zu verändern. Die Menschen aber neigten zur Stagnation, sie liebten diese Stagnation, das sei Russlands Unglück. Wenn es gelinge, eine vereinigte demokratische Partei zu gründen mit einem attraktiven Programm und Personen, die nicht das Vertrauen der Gesellschaft verloren hätten, dann könnte diese Partei den Einzug ins Parlament schaffen.

Das Potenzial demokratischer Wähler liegt, Umfragen zufolge, in Russland immerhin bei rund 20 Prozent. Das aber bedeutet nicht, dass diese 20 Prozent gegen das autoritäre Putin-System stimmen. Das Volk sei zufrieden, weil alles stabil sei, die Wirtschaft wachse und der Präsident wunderbar sei, spöttelt der Direktor des Zentrums für politische Technologien, Igor Bunin. 2003 hätten bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent 18 Prozent bei den Wahlen zum Moskauer Stadtparlament für die Demokraten gestimmt. Im vergangenen Dezember seien es knapp 12 Prozent gewesen, bei einer Wahlbeteiligung von 35 Prozent. Die Demokraten hätten heute nur ein Ziel: 2007 ins neue russische Parlament einzurücken und so politisch zu überleben. Dieses Ziel aber erreichen sie nur, wenn der Kreml das will. Die Erhöhung Sperrklausel für das Parlament von 5 auf 7 Prozent deutet jedoch darauf hin, meinen Beobachter in Moskau, dass der Kreml für die Zukunft nur zwei, drei große Parteien in der Staatsduma wünscht: „Einiges Russland“ und die Kommunistische Partei und die LDPR.

Die Moskauer Soziologin Olga Kryschanowskaja vermutet, der Kreml könnte für die bevorstehenden Wahlen um die echten Demokraten zu verhindern, eine liberale demokratische Pseudo-Opposition aufbauen. Das Modell hat sich bereits bewährt: 1999 wurde die Putin-Partei „Einiges Russland“ als Konkurrenz für die Kommunisten erfunden und erreichte aus dem Stand über 20 Prozent der Parlamentssitze. Inzwischen ist sie die reichste und größte Partei im Land.

Liberaler Konkurrenz ist unerwünscht

Als jüngster prominenter liberaler Politiker hat sich Michail Kasjanow geoutet. Er war vier Jahre lang unter Putin Ministerpräsident war und musste gehen, da er es gewagt hatte, die Festnahme des Ölmilliardärs Michail Chodorkowskij im Oktober 2003 zu kritisieren. Seit Kasjanow vor einigen Monaten

öffentlich nicht ausschloss, 2008 für das Amt des russischen Präsidenten zu kandidieren, hat er Probleme mit dem Kreml. Zuerst drohte man ihm mit gerichtlichen Schritten, weil er ein Landhaus nicht legal erworben haben soll. Dann hinderte man ihn, den Vorsitz der Demokratischen Partei, Russlands älteste aber bisher bedeutungslose liberale Partei, zu übernehmen: die Delegierten des Parteitages spalteten sich auf mysteriöse Weise und wählten den Kreml freundlichen Polittechnologien Andrej Bogdanow zum Vorsitzenden. Kasjanow wurde vorgeworfen, er habe die Stimmen der Delegierten kaufen wollen. Je gefährlicher der Kreml potenzielle Rivalen bei den Präsidentschaftswahlen 2008 einschätzt, desto härter geht er, so scheint es, bereits jetzt gegen diese Rivalen vor. Chodorkowskij, bis 2003 der reichste Mann Russlands, wurde 2005 zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt, nachdem er signalisiert hatte, er wolle sein Business aufgeben und in die Politik gehen. Der Schachgroßmeister Garry Kasparow, ebenfalls als möglicher Konkurrent betrachtet, wurde nicht nur bei Auftritten

zum Thema Kommunalreform in Russland behindert, man hat ihm, einem Aserbaidshaner, bereits signalisiert, er sei in Russland nicht erwünscht. Nemzow, von Jelzin einst kurzweilig als Kronprinz auserwählt, hat das Stigma eines Landesverrätters, seit er den ukrainischen Präsidenten Juschtschenko politisch berät. Selbst wenn die liberalen Demokraten einen fairen Wahlkampf mit gleichberechtigtem Zugang zu den elektronischen Medien erreichten, dann bliebe ihr größtes Problem immer noch, dass sie keine charismatischen Führungspersonen in ihren Reihen haben. Die einen sind wie man in Russland sagt, „abgearbeitet“, die anderen sind noch nicht erfahren genug. Russland aber braucht den Liberalismus aus politischen wie auch aus ökonomischen Gründen. Wenn sich die russische Gesellschaft nicht das grundlegende Prinzip des politischen Wettbewerbs aneigne, meint etwa der Dekan der politischen Fakultät der Moskauer Wirtschaftshochschule, Mark Urnow, werde es nicht gelingen, eine effiziente Wirtschaft zu erreichen.

Über die Autorin

Elfie Siegl, lange Jahre Korrespondentin für Hörfunk und Zeitungen in Moskau, lebt heute als freie Journalistin in Berlin und Moskau.

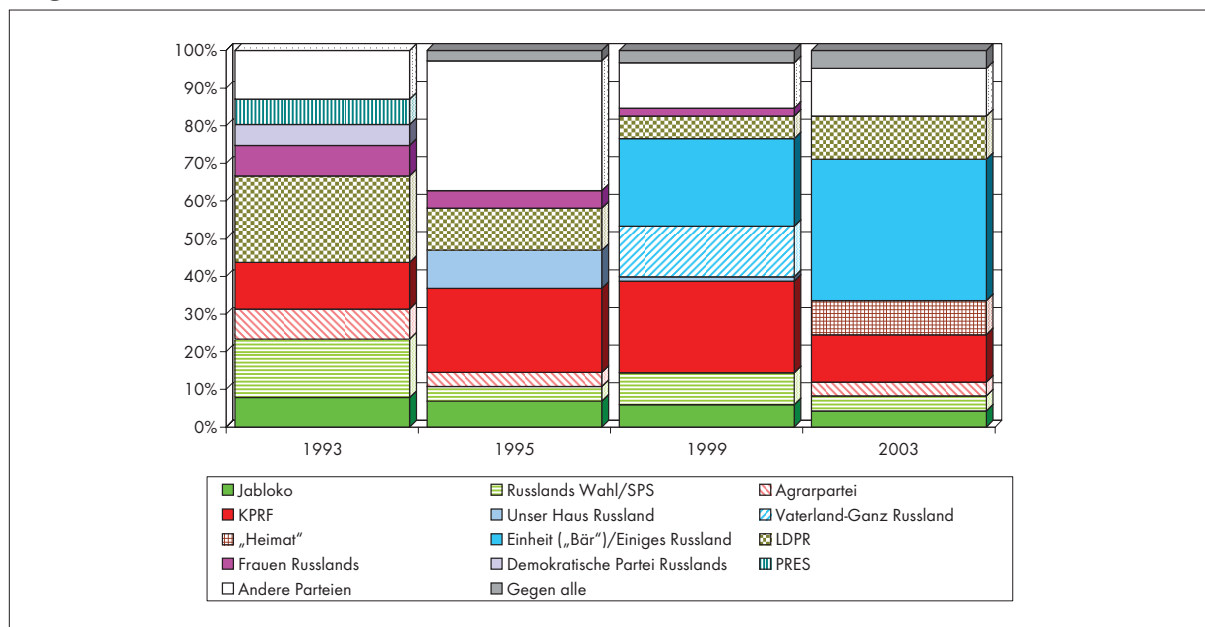
Lesetipps

M. Buhbe; Maja Denisow: Entwicklungsperspektiven des russischen Parteiensystems. Russlandanalysen 73. 2005 <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen73.pdf>

V.J. Gel'man: Political Opposition in Russia: A Dying Species?, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 3, S. 226–246.

R. Sakwa: The 2003 – 2004 Russian Elections and Prospects for Democracy, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 3, S. 369–398.

L. Shevtsova [L.F. Ševcova]: Putin's Russia, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2005.

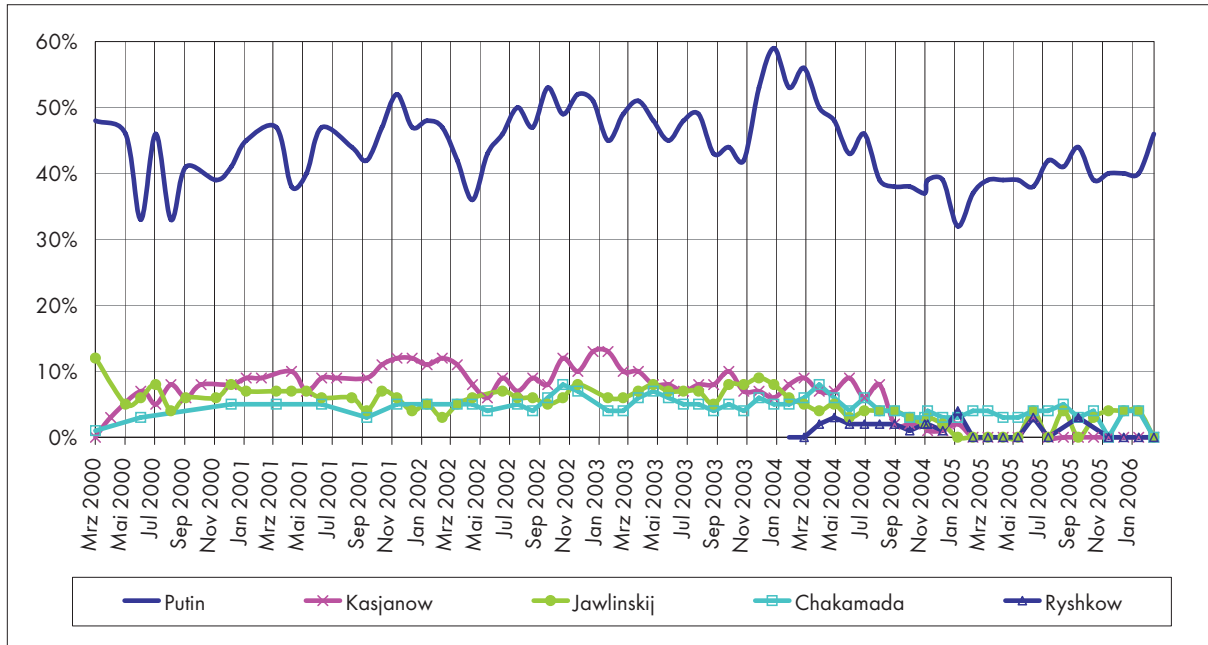
Grafiken und Tabellen zum Text
Ergebnisse der Dumawahlen 1993, 1995, 1999 und 2003 (Parteilisten)


Parteien und Wahlvereinigungen				Listenergebnisse			
1993	1995	1999	2003	1993	1995	1999	2003
Agrarpartei	Agrarpartei		Agrarpartei	7,99%	3,78%	--	3,64%
	Unser Haus Russland	Unser Haus Russland		--	10,13%	1,20%	--
Jabloko				7,86%	6,89%	5,93%	4,30%
Russlands Wahl	Demokratische Wahl Russlands-Vereinigte Demokraten	Union der Rechten Kräfte	Union der Rechten Kräfte	15,51%	3,86%	8,52%	3,97%
Demokratische Partei Russlands				5,52%	--	--	--
KPRF	KPRF	KPRF	KPRF	12,40%	22,30%	24,29%	12,61%
LDPR	LDPR	Block Schirinowski	LDPR	22,92%	11,18%	5,98%	11,45%
PRES				6,73%	--	--	--
Frauen Russlands	Frauen Russlands	Frauen Russlands		8,13%	4,61%	2,05%	--
		Vaterland-Ganz Russland	Einiges Russland	--	--	13,33%	37,57%
		Einheit („Bär“)		--	--	23,32%	
			Heimat	--	--	--	9,02%
Gegen alle / Andere Parteien	Gegen alle Listen	Gegen alle Listen	Gegen alle Listen	12,94%	2,77%	3,30%	4,70%
	Andere Parteien	Andere Parteien	Andere Parteien		34,48%	12,07%	12,73%
Wahlbeteiligung				54,37%	64,38%	60,43%	55,60%
Parteien unterhalb der 5%-Grenze				12,94%	49,50%	18,62%	29,34%
Jabloko+SPS				23,37%	10,75%	14,45%	8,28%

Quelle: Kommersant, 21.12.1999, S. 1; http://www.fci.ru/gd99/vb99_int/default.htm vom 23.12.199; Bjulleten Zentralnoj isbiratelnoj komissii Rossijskoj Federazii, 1994, No. 1 (12), S. 34–80; http://www.izbirkom.ru/izbirkom_protokols/sx/page/protokol2 9. Dezember 2003.

Vertrauen zu Politikern: Putin und die Führer der Liberalen

Nach den Angaben auf der Homepage des Lewada-Zentrums (früher: VCIOM): www.wciom.ru bzw. www.levada.ru

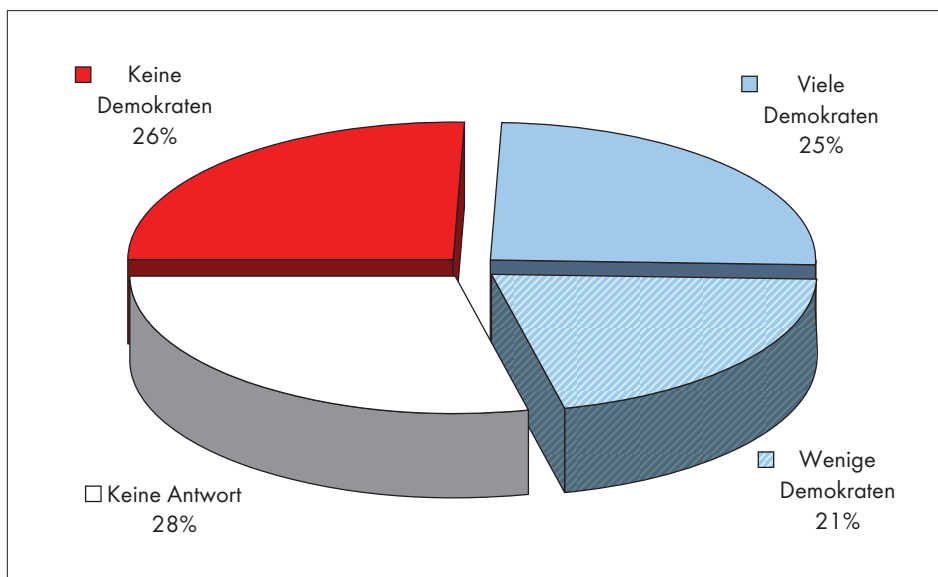


Gibt es in Russland Demokraten?

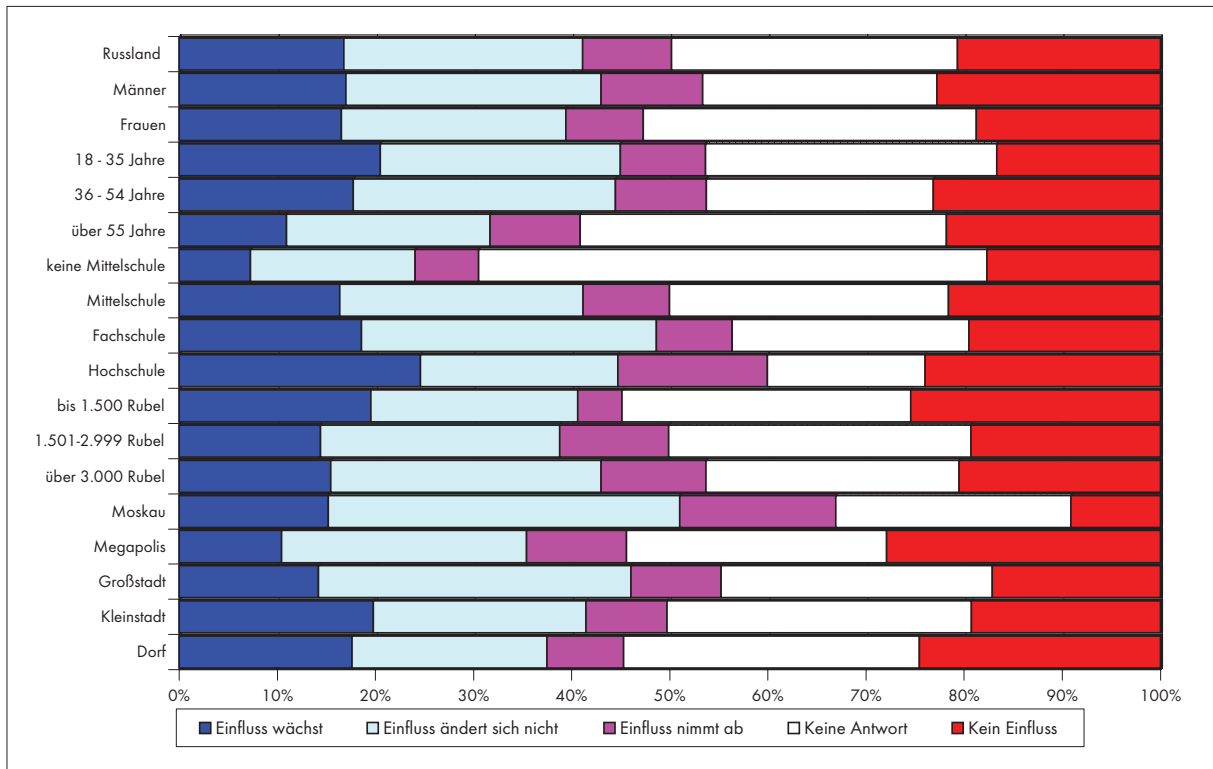
Der Blick der russischen Öffentlichkeit auf die Entwicklung demokratischer Parteien, Dezember 2005

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 24.–25. Dezember 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0552.zip>

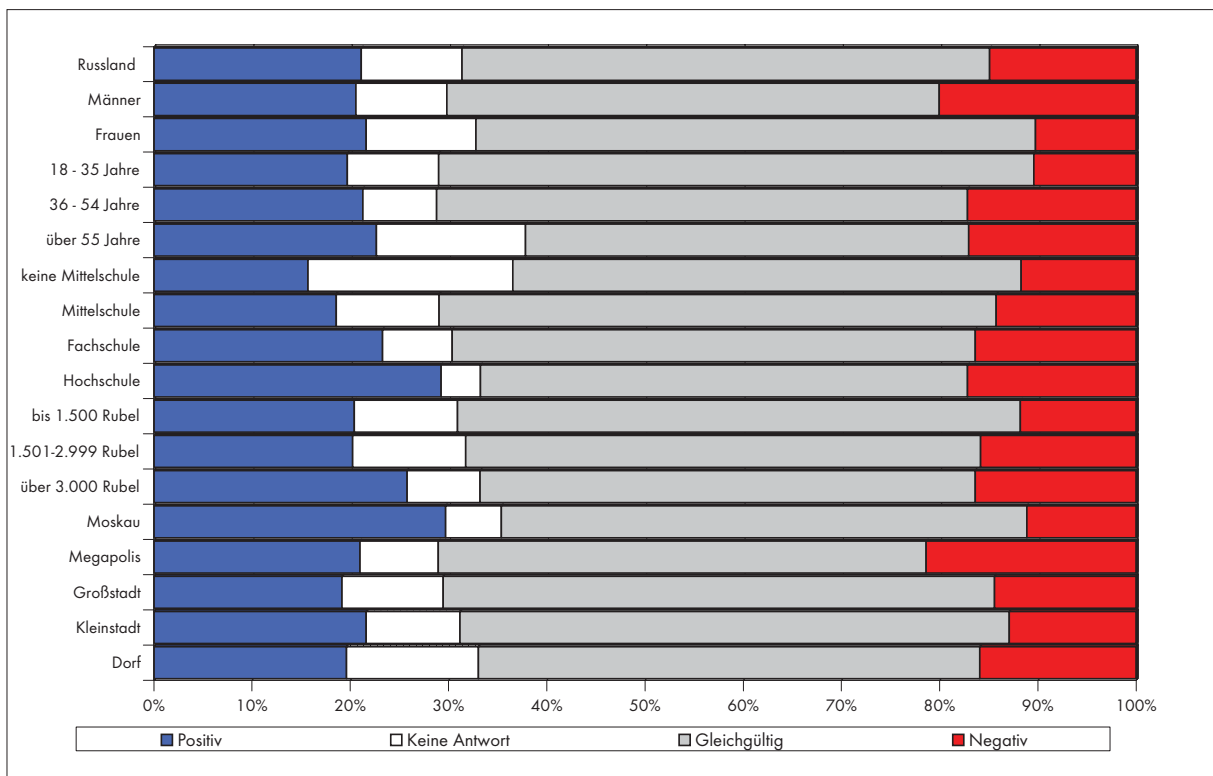
Gibt es unter russischen Politikern heute viele Demokraten?



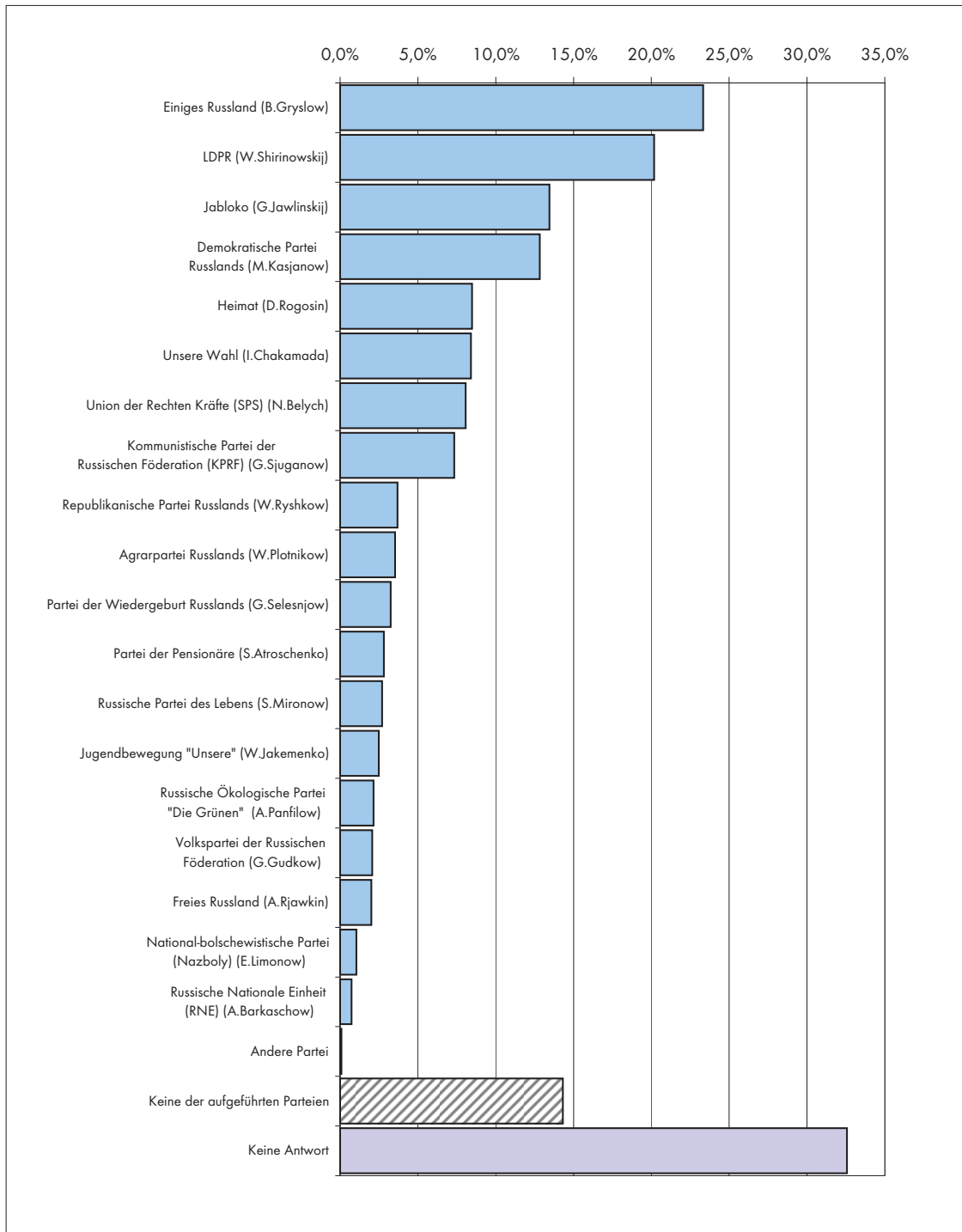
Üben die russischen Demokraten im Lande heute Einfluss aus?



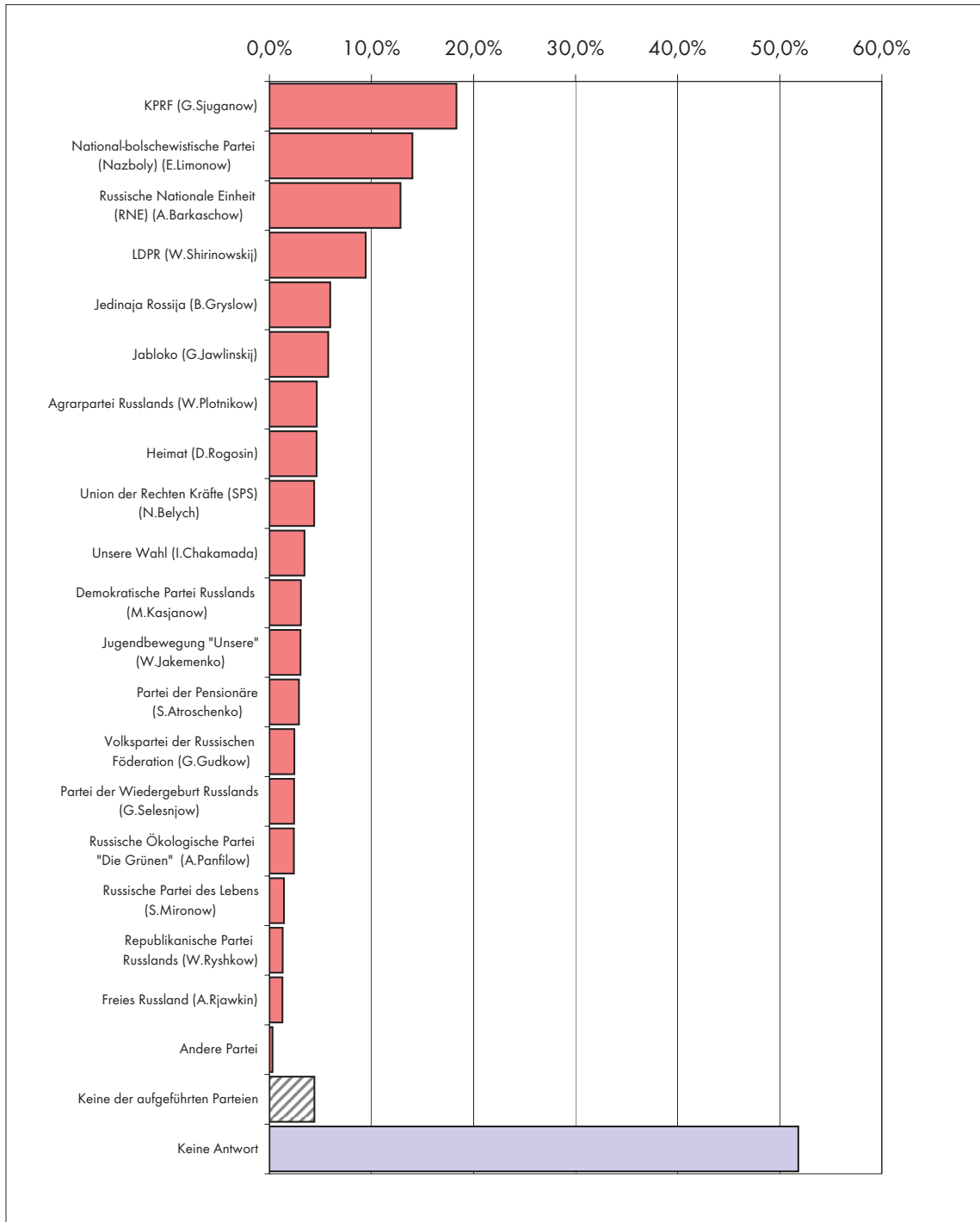
Wie ist Ihre Einstellung zu den russischen Demokraten?



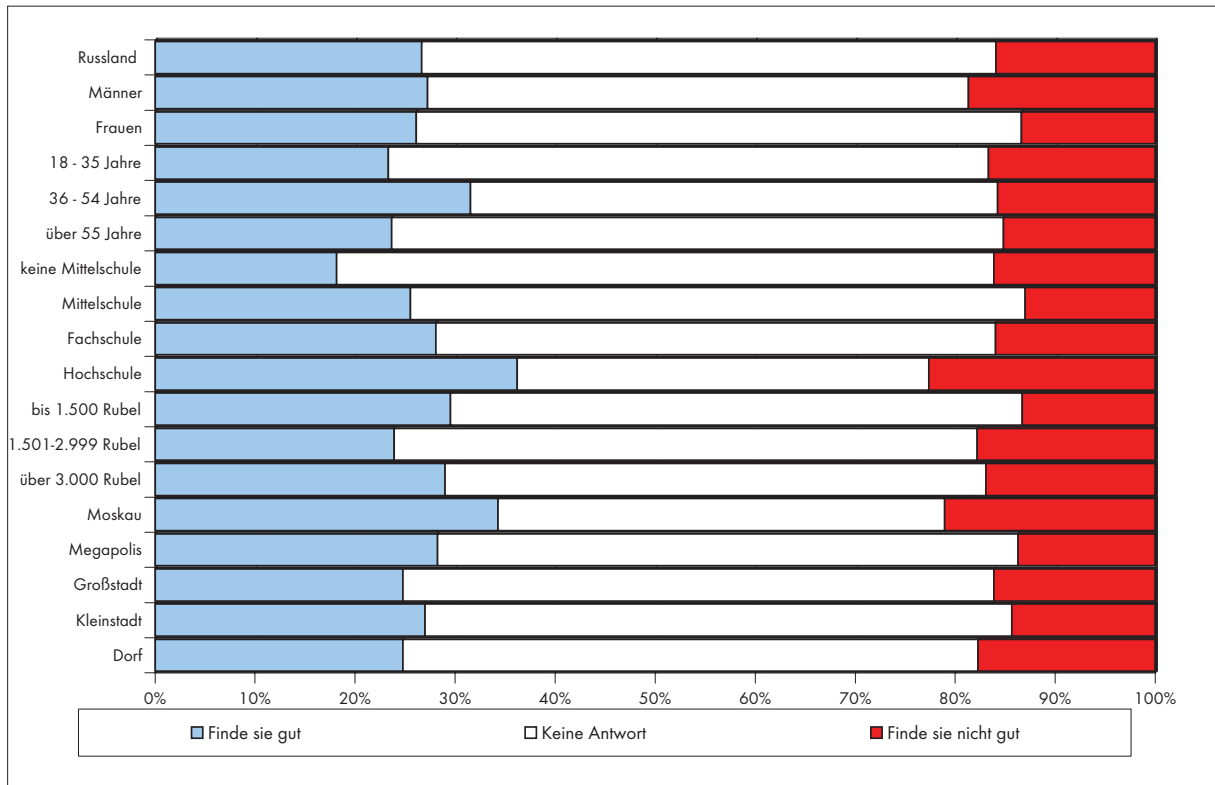
Welche der russischen Parteien vertritt Ihrer Meinung nach demokratische Ideen?



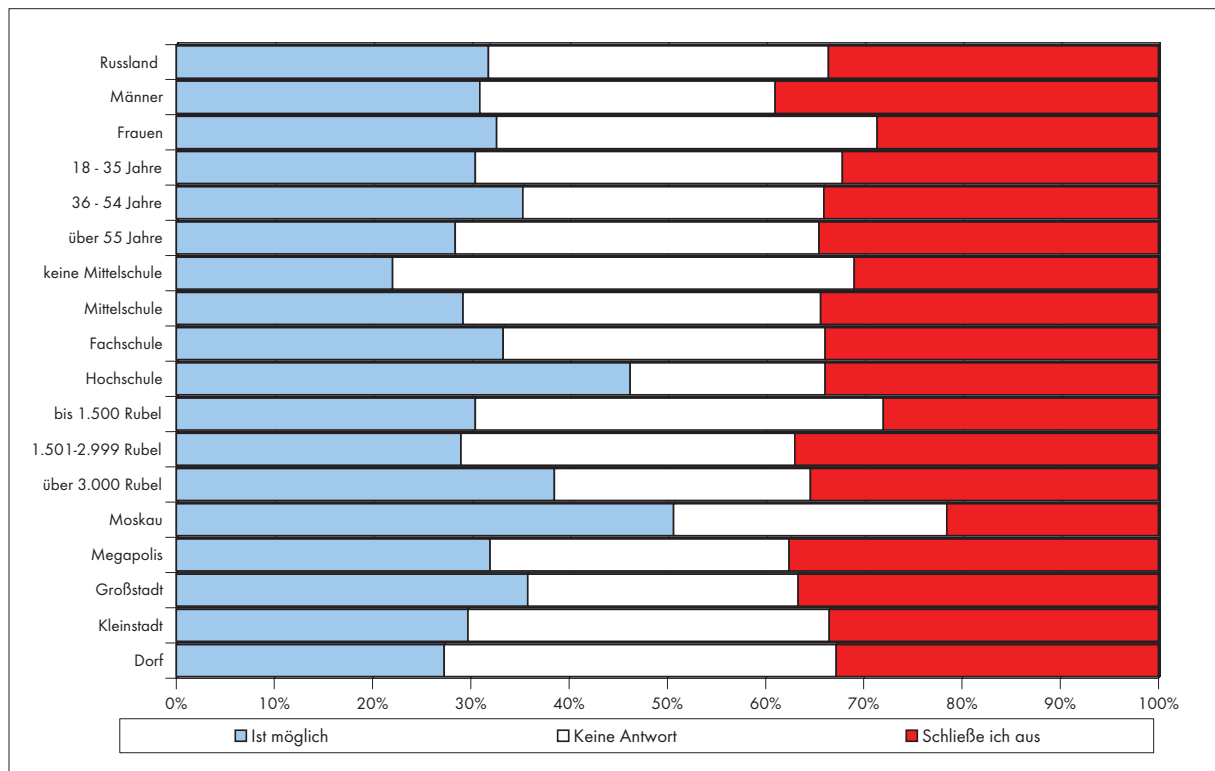
Welche der aufgeführten russischen Parteien vertritt Ihrer Meinung nach Ideen, die undemokratisch sind?



Finden Sie die Idee einer Koalition der Demokraten gut?



Würden Sie unter Umständen eine vereinigte demokratische Partei wählen?



Standpunkt

Haben liberale Kräfte eine Zukunft?

Galina Michaleva, Moskau

In Russland gibt es angesichts der zielstrebigsten Stärkung des autoritär-bürokratischen Regimes einige Faktoren, die den weiteren Kurs der liberalen und demokratischen Kräfte beeinflussen.

Der institutionelle Faktor

Die Spielregeln haben sich verändert, sowohl in Bezug auf formale als auch auf informale Institutionen. Ein Paket von neuen Gesetzen, vor allem die Änderungen im Parteiengesetz wie auch in der Wahlgesetzgebung haben für die Parteien eine neue Lage geschaffen. Die harten Bedingungen des Gesetzes regulieren nicht nur Mitgliederzahl (mindestens 50.000) und regionale Ausbreitung (mindestens 500 Mitglieder in der Hälfte der Föderationssubjekte), sondern auch finanzielle Rechenschaftspflicht und systematische Aktenführung. Der Registrierungsdienst des Justizministeriums hat schon mit umfassenden Inspektionen in den Regionen begonnen. Diese beschränken sich nicht auf die Überprüfung von Mitgliederzahlen und Dokumenten und stichprobenartige Anrufe und Besuche bei Mitgliedern, sondern umfassen auch eine sorgfältige Analysen von Versammlungsprotokollen, bis hin zur Überprüfung lokaler Organisationen, danach ob deren Tätigkeit gesetzeskonform ist und den Statuten der Partei entspricht. Praktisch werden an die Parteien Forderungen gestellt, die nur staatliche Behörden mit einem bürokratischen Vollzeitapparat erfüllen können.

Die unvermeidliche Folge für die Parteien: Es werden außer den „Parteien der Macht“ [*die der Exekutive nahe stehen*] nur diejenigen überleben, die die notwendigen Unterlagen vorbereiten können und eine solide Mitgliederbasis haben; aber auch dann nur, wenn nicht der Befehl „Fass!“ gegeben wird. Denn keine gesellschaftliche Organisation kann alle gestellten Forderungen erfüllen. Ein Beispiel: Die Partei „Jabloko“, bei der Ende Februar schon Kontrollen in 14 Regionen durchgeführt worden waren und Kontrollen in weiteren 24 Regionen in Gang waren, bereitete sich im



Voraus auf diese Prozedur vor, indem die regionalen Organisationen selbst, mit Unterstützung des zentralen Apparates, die Mitgliederzahl überprüften und die Dokumente vorbereiteten. Gerade deswegen erhielten Kontrolleure in Tambow bei einer abendlichen Überprüfung von Mitgliedern zu Hause Antworten von „Jabloko“-Mitgliedern, die ihre Mitgliedschaft bestätigten, während „Heimat“ bei einer solchen Aktion 300 Mitglieder verlor.

Natürlich müssen Mitglieder von Oppositionsparteien einen gewissen Mut und Überzeugung besitzen, um sich unter solchen Bedingungen nicht von ihrer Partei loszusagen.

Solche Kontrollen stehen allen Parteien bevor, die in den Listen des Justizministeriums geführt werden, sowohl echten wie virtuellen Parteien, auch denjenigen, die sich gerade formieren. Am liberal-demokratischen Ende des Parteienspektrums (zumindest ihrem Programm nach zu urteilen) gibt es ziemlich viele Parteien, allerdings wird die überwiegende Mehrheit mit hundertprozentiger Sicherheit die Kontrollen nicht bestehen. Sogar „Union der Rechten Kräfte“ (SPS), die nicht als Netzwerk gesellschaftlicher Organisationen, sondern eher als Business-Projekt existiert (d.h., eine zwischen den Wahlen „schlafende“ Organisation entfaltet sich dank Finanzspritzen nur während der Wahlkampagnen), wird sich mit bedeutenden Schwierigkeiten konfrontiert sehen.

Die neuen und „umgebildeten“ Parteien wie „Grünes Russland“ unter der Führung von Alexei Jablokow, die Republikanische Partei von Wladimir Ryshkow oder „Freies Russland“ haben praktisch keine Chancen, selbst wenn sie über irgendwelche Ressourcen verfügen.

Dieses regt Parteivereinigungen an, um so mehr, je mehr die Positionen auseinanderdriften: Die Stellung

derjenigen, die keine Chancen haben, ein selbstständiger Akteur zu bleiben, wird sich schnell verschlechtern, während die Position derjenigen, die auf dem Feld bleiben, sich verbessern wird, sodass sie keine Motivation mehr haben werden, sich mit schwachen Akteuren zu vereinigen.

Die neuen Wahlrechtsregeln erlauben es, schwierige Vereinigungen von zwei oder drei Parteien zu einer Partei mit den unvermeidlichen programmatischen Kompromissen, gegenseitigen Zugeständnissen und einem reduzierten Status der Chefs zu vermeiden. Kandidaten einer Partei können auf der Liste einer anderen auftreten, diese Praxis ist schon oft erprobt worden. Bei den Wahlen zum Moskauer Stadtparlament, der Mosgorduma, erhielt die Liste „Jabloko“, zu der auch Kandidaten von SPS, „Grünes Russland“ und der Partei der Soldatenmütter gehörten, 11,1%. Obwohl „Jabloko“ nach unseren Einschätzungen ungefähr 25% seiner Stammwähler verlor, die sich nicht mit der Vereinigung mit SPS, der Partei von Tschubais, abfinden konnten, liegen die Vorteile klar auf der Hand: Es gibt keinen zweiten Akteur, der um die Gunst derselben Wählergruppe konkurriert und es gibt eine neue Wählergruppe, für die solche fusionierten Parteien attraktiv sind. Die sozial-liberalen und ökologischen Programmpunkte [von „Jabloko“] sind dabei unverändert geblieben.

Bei den im März stattfindenden lokalen Parlamentswahlen wird „Jabloko“ unter ähnlichen Vorzeichen antreten. In Kaliningrad und Orenburg werden auf der „Jabloko“-Liste Kandidaten der SPS antreten, in Kirow dazu noch Kandidaten der Grünen. Bei den Wahlen zum Stadtparlament in Saratow werden Vertreter von SPS auf den beiden ersten Listenplätzen von „Jabloko“ zu finden sein.

Das gleiche Arrangement unter umgekehrten Vorzeichen war aber unglücklich, wie bei den letzten Regionalwahlen offensichtlich wurde: Die Liste „SPS – Vereinigte Demokraten“ erhielt in Kostroma nur 2,8%.

Nicht zufällig wird „Vereinigungsrhetorik“ am intensivsten von denjenigen verwendet, die sich nicht sicher sind, ob sie eine politische Überlebenschance haben.

Die Existenzbedingungen haben sich auch für NGOs geändert, in erster Linie für Menschenrechtsorganisationen. Erstens hat die Staatsduma das NGO-Gesetz angenommen, das die Existenzbedingungen solcher Organisationen deutlich erschwert und es für diese Organisationen schwerer macht, Ressourcen von der praktisch einzigen Quelle, von westlichen Stiftungen, zu erhalten. Zweitens wurde die Gesellschaftskammer gebildet, die ein Exklusivrecht

auf die Rolle der Zivilgesellschaft erhalten hat.

Die erschwerten Bedingungen zwingen die Menschenrechtsorganisationen, ihre Haltung zu den liberalen Parteien zu überdenken. Noch im Jahr 2003 wollten „Memorial“, die Moskauer Helsinki-Gruppe, „Golos“ („Die Stimme“) und andere nicht institutionell mit liberalen Parteien zusammenarbeiten, aus Furcht, sie würden „benutzt“ werden, und zogen zwar enge, aber doch nur persönliche Kontakte vor. Auf der anderen Seite arbeiteten die Menschenrechtsgruppen mit staatlichen Organen, waren Teil von verschiedenen Menschenrechtsräten, die vom Präsidenten, der Staatsduma oder dem Bevollmächtigten für die Menschenrechte gebildet worden waren, und beteiligten sich sogar aktiv am Bürgerforum, dem ersten Versuch des Kreml, eine ihm untergeordnete „Vertikale der Zivilgesellschaft“ aufzubauen, die mit einem Fehlschlag endete.

Heute, nach dem zweiten Bürgerkongress und mehr als einem Jahr gemeinsamer Arbeit an verschiedenen Projekten, sehen Vertreter der Menschenrechtsorganisationen die gemeinsame Arbeit auch mit Parteien als völlig natürlich an. Neben „Jabloko“, die sich von Anfang an dem Aufbau von funktionsfähigen Strukturen des Bürgerkongresses beteiligte, ist jetzt auch die SPS dabei. Auch die Zahl der Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, die sich im Aktionskomitee des Bürgerkongresses mitarbeiten, ist größer geworden, so ist z.B. Arseni Roginski von „Memorial“, der diesen Beziehungen früher äußerst skeptisch gegenüberstand, Mitglied dieses Komitees geworden.

Aktivitäten der Exekutive

Während Freiheitszonen konsequent und zielgerichtet verkleinert und Imitationen von demokratischen Instituten errichtet wurden, trug die gleichzeitige Staatsrhetorik anscheinend durchaus dazu bei, die Positionen der regierenden Gruppe zu stärken. Der Anstieg der Energiepreise schuf ein äußerst günstiges Klima für jegliche Aktionen sowohl daheim als in der Außenpolitik.

Allerdings führten die Widersprüchlichkeit der Positionen auf der einen und eine gewisse Selbstbeschränkung der Exekutive auf der anderen Seite dazu, dass das Regime nicht die letzte Konsequenz ergriff und die liberal-demokratischen Kräfte liquidierte. Warum werden gegenüber bekannten Menschenrechtlern und Politikern nur institutionelle Hebel und eine ziemlich plumpe Diskreditierung eingesetzt, wie im Fall des so genannten „Spionageskandals“, als die Moskauer Helsinki-Gruppe und andere Organisationen der

Beihilfe zur Spionage beschuldigt wurden? Warum werden sie nicht einfach „hinter Gitter“ gebracht?

Gewöhnlicherweise wird an dieser Stelle das Argument vorgebracht, dass Putin nicht das „Gesicht verlieren“ und vor den westlichen Partnern ein Demokrat bleiben will. Der Fall Chodorkowski und Lebedew hat aber deutlich gezeigt, dass das Regime durchaus hart durchgreifen kann, ohne Rücksicht auf die Reaktion des Westens. Auch die Einladung der Hamas-Führer nach Moskau ist hierfür ein Beweis. Was immer im Lande vorgeht, der Westen muss mit einer „Energiesupermacht“ kooperieren.

Anscheinend muss die Antwort auf einer anderen Ebene gesucht werden: innere Konflikte in der Umgebung Putins und die Furcht der Schlüsselakteure vor möglichen Konsequenzen von Protestaktionen oder einer „farbigen Revolution“.

Ein wachsendes Protestpotenzial

Eine Politik, die trotz wachsender Staatseinnahmen konsequent die sozialen Rechte der Bevölkerung schmälert, führt zu wachsenden, fast schon systematischen, Massenprotesten auf der Straße. Die hauptsächlichsten Anlässe sind der Preisanstieg für kommunale Dienstleistungen und die Beschneidung der Rechte einzelner Bevölkerungsgruppen (Bewohner von Wohnheimen, betrogene Häuslebauer usw.).

Die liberalen Parteien, in erster Linie „Jabloko“ seit 2003, erweitern konsequent ihre Präsenz bei Massendemonstrationen und gehen schon dazu über, sie zu organisieren. Auch die SPS beteiligt sich an Massendemonstrationen, auch an nicht genehmigten. Die Liberalen agieren jetzt auf einem Gebiet, das früher den Kommunisten vorbehalten blieb, und das erfolgreich, sodass die Zahl ihrer Anhänger und Parteimitglieder wächst.

Über die Autorin

Galina Michaleva ist Leiterin der Verwaltung der regionalen Organisationen der Russischen Demokratischen Partei „Jabloko“ und Mitvorsitzende des Moskauer Bürgerkongresses.

Auf den Fotos ist eine Protestdemonstration gegen die Erhöhung der Preise für kommunale Dienstleistungen um 150% in Krasnojarsk am 9. Februar 2005 zu sehen, an der „Jabloko“, Kommunisten und Gewerkschaften teilnahmen. (Fotos: Krasnojarsker Regionalorganisation von „Jabloko“)



„Freiheitszonen“

Es gibt immer noch kleine Zonen der Freiheit, die jederzeit erweitert werden können. „Wir können nicht gesetzlich verboten werden. Die Moskauer Hel-sinkigruppe wurde 1992 registriert, existiert seit 1976 und war eine weltbekannte Organisation“, sagte Ludmila Aleksejeva bei der öffentlichen Anhörung „Die bedrohte Zivilgesellschaft. Wer ist der nächste?“ am 10. Februar 2006. Mit dem Versuch, die Zivilgesellschaft unter ihre Kontrolle zu bringen, hat sich das Regime übernommen, da dies nicht einmal unter

einem totalitären Regime gelungen ist. Da oppositionelle Zeitungen, wenn auch mit geringer Auflage, und Radiosender geblieben sind und die Zahl der Internetbenutzer schnell wächst, ist es unmöglich, Informationsströme unter eine hundertprozentige Kontrolle zu bringen.

Wenn Massendemonstrationen nicht endgültig verboten worden sind, ist es unmöglich, die Arbeit der Opposition mit der Bevölkerung zu stören.

Wenn liberale Parteien nicht verboten worden sind, auch unter den Bedingungen von unfreien Wahlen, kann man nicht ausschließen, dass eine große Anzahl Wähler für Liberale und Demokraten stimmen.

Eine weitere Bewegung auf dem Weg eines autoritären Regimes hin zum Totalitarismus erfordert nicht nur einen großen und effektiven Repressionsapparat, sondern auch die Mobilisierung jener nationalen Idee, die die russische Regierung bislang ohne Erfolg sucht. Auch würden die Vertreter der regierenden Elite selber kaum in einem solchen Land leben wollen.

Gerade deshalb haben die liberalen Kräfte in Russland eine Zukunft.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Hans-Henning Schröder*

Umfrage

Soldatenmißhandlungen in der russischen Armee

Ein Fall brutaler Soldatenquälerei hat die Aufmerksamkeit der russischen Öffentlichkeit auf die Zustände in den russischen Streitkräften gelenkt. Der Wehrpflichtige A. Sytschow wurde an der Panzertruppenschule Tscheljabinsk von anderen Soldaten derartig misshandelt, dass ihm beide Beine und die Geschlechtsorgane amputiert werden mussten.

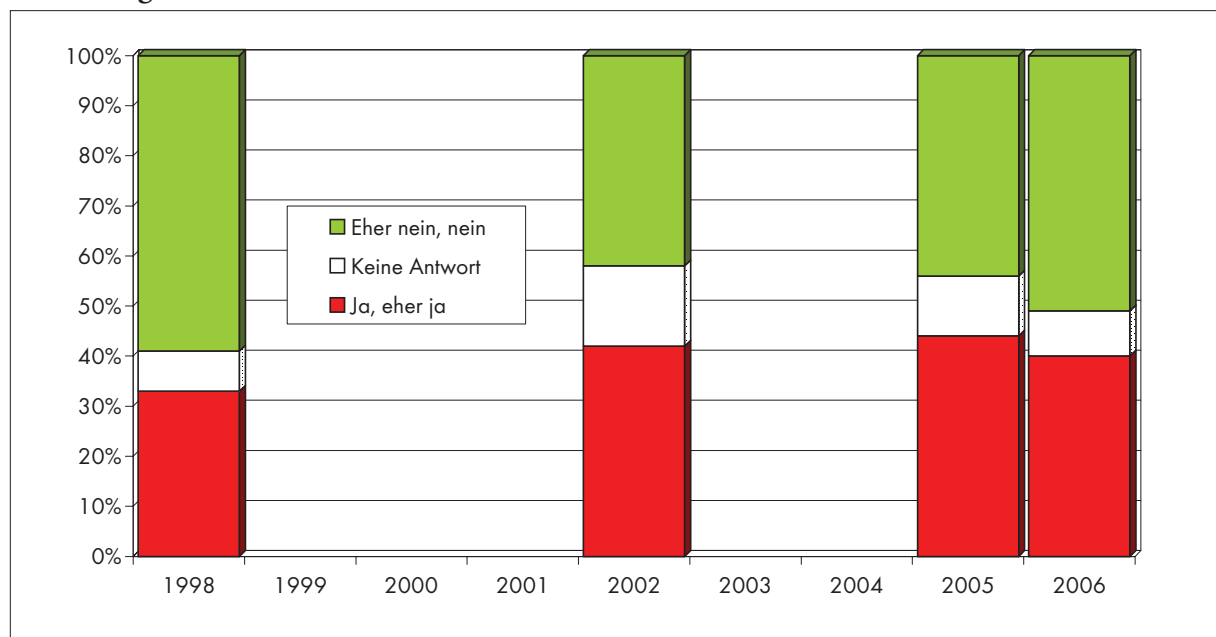
Die Quälerei jüngerer Soldaten durch ältere – die sogenannte „dedowschtschina“ – ist in der russischen Armee wie früher in der sowjetischen weit verbreitet, und die militärische Führung ist nicht in der Lage, diesen Übelstand abzustellen. Verteidigungsminister Sergej Iwanow reagierte erst spät auf den Vorfall und attackierte dann zunächst die Presse wegen ihrer Berichterstattung.

Das „Komitee der Soldatenmütter“, eine NGO, prangert die unerträglichen Zustände seit langem an.

Die Armee in der öffentlichen Meinung

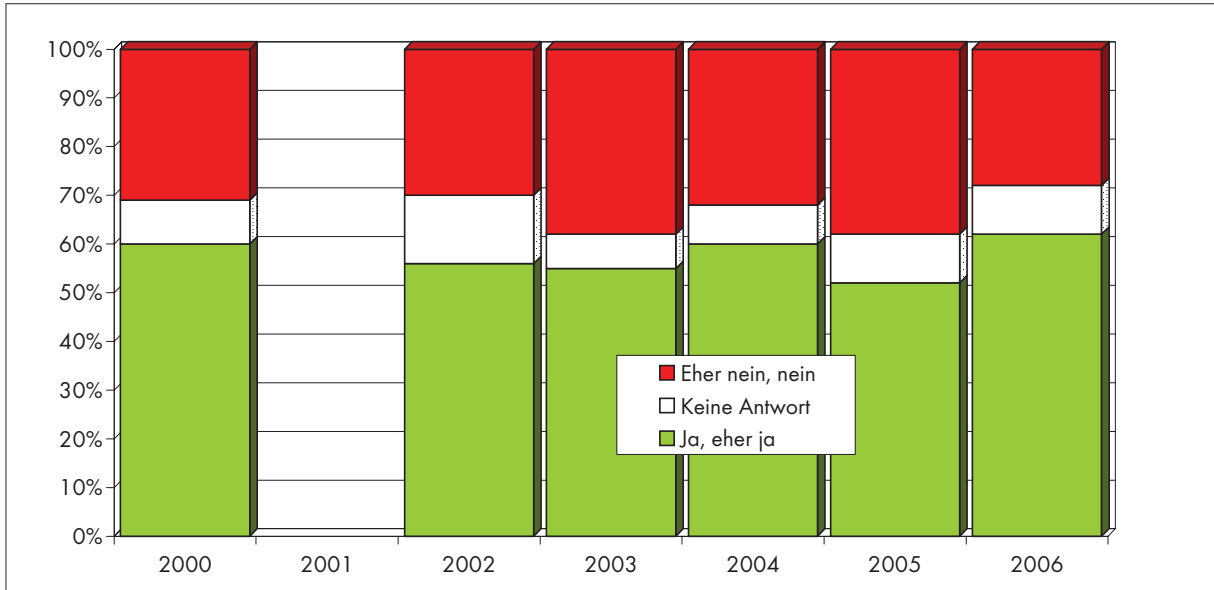
Umfragen des Lewada-Zentrums vom 10.–13. Februar 2006 <http://www.levada.ru/press/2006022102.html>

Was meinen Sie, gibt es heute für Russland von Seiten anderer Staaten eine militärische Bedrohung?



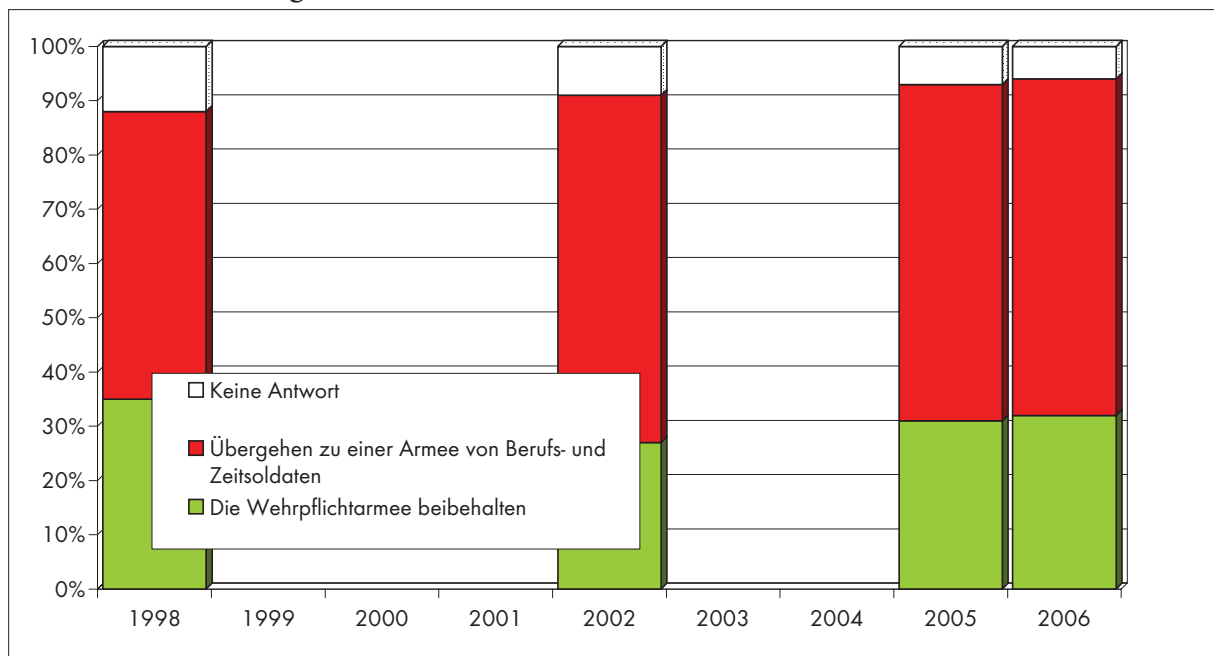
	1998	2002	2005	2006
Ja, eher ja	33%	42%	44%	40%
Eher nein, nein	59%	42%	44%	51%
Keine Antwort	8%	16%	12%	9%

Ist unsere Armee heute in der Lage, Russland im Falle einer realen militärischen Bedrohung von Seiten anderer Länder zu schützen?



	2000	2002	2003	2004	2005	2006
Ja, eher ja	60%	56%	55%	60%	52%	62%
Eher nein, nein	31%	30%	38%	32%	38%	28%
Keine Antwort	9%	14%	7%	8%	10%	10%

Was meinen Sie, soll man die Wehrpflichtarmee beibehalten oder zu einer Armee von Berufs- und Zeitsoldaten übergehen?

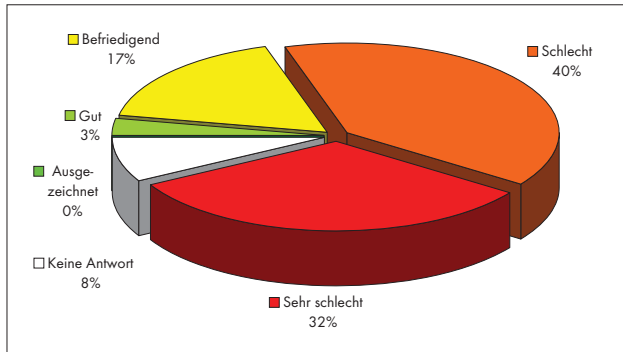


	1998	2002	2005	2006
Die Wehrpflichtarmee beibehalten	35%	27%	31%	32%
Übergehen zu einer Armee von Berufs- und Zeitsoldaten	53%	64%	62%	62%
Keine Antwort	12%	9%	7%	6%

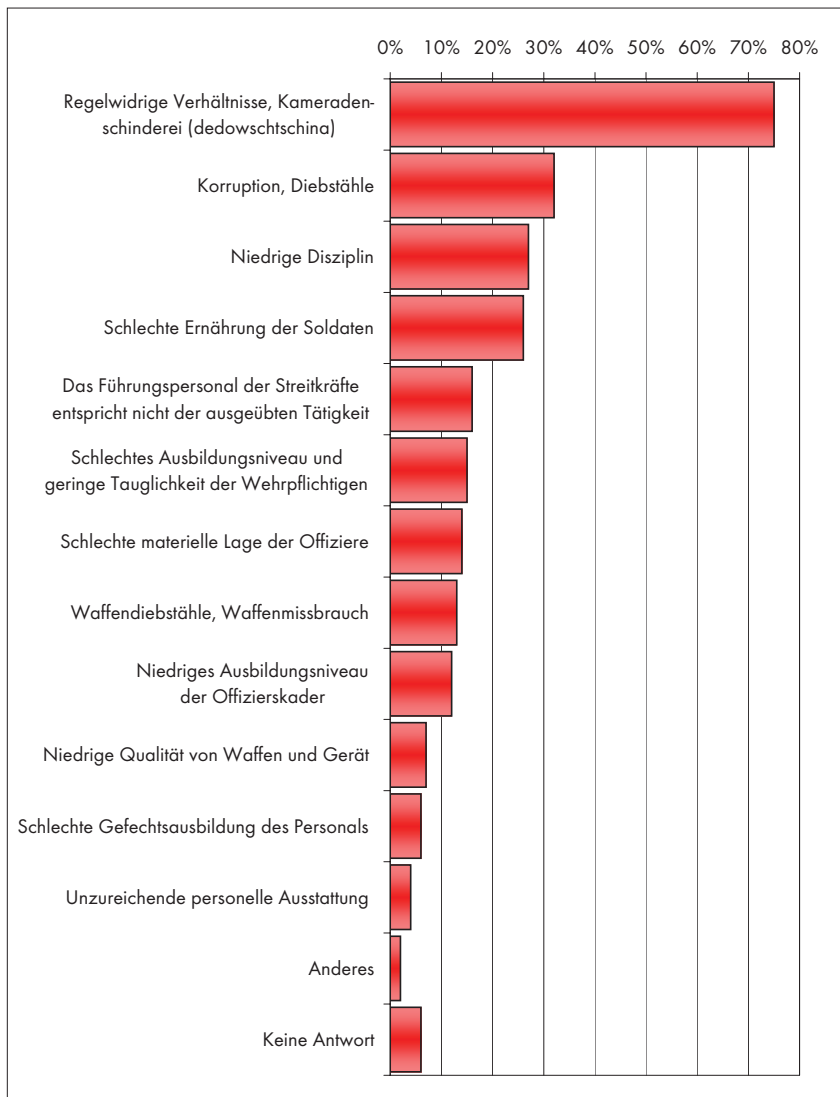
Die „regelwidrigen Verhältnisse“ in der russischen Armee

Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 4. und 5. Februar 2006

Wie schätzen Sie die Lage in der russischen Armee ein?

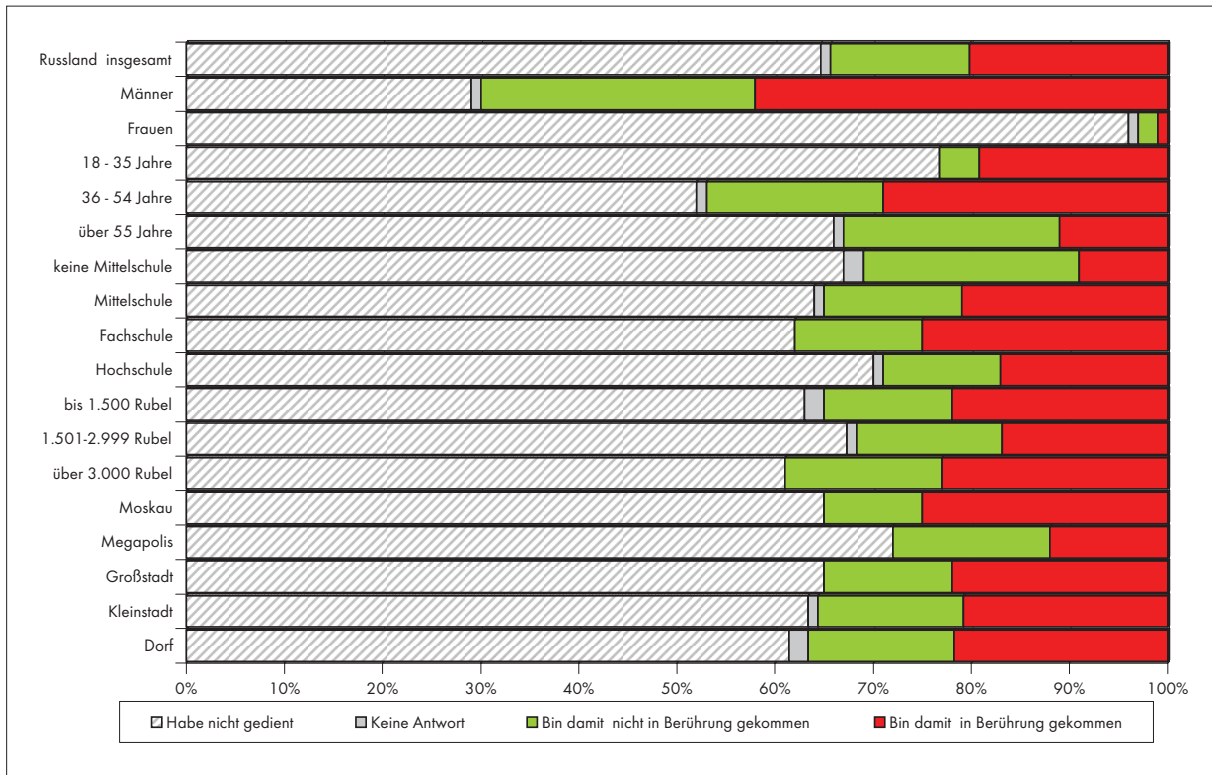


Welche Probleme müssen in der russischen Armee in erster Linie gelöst werden?

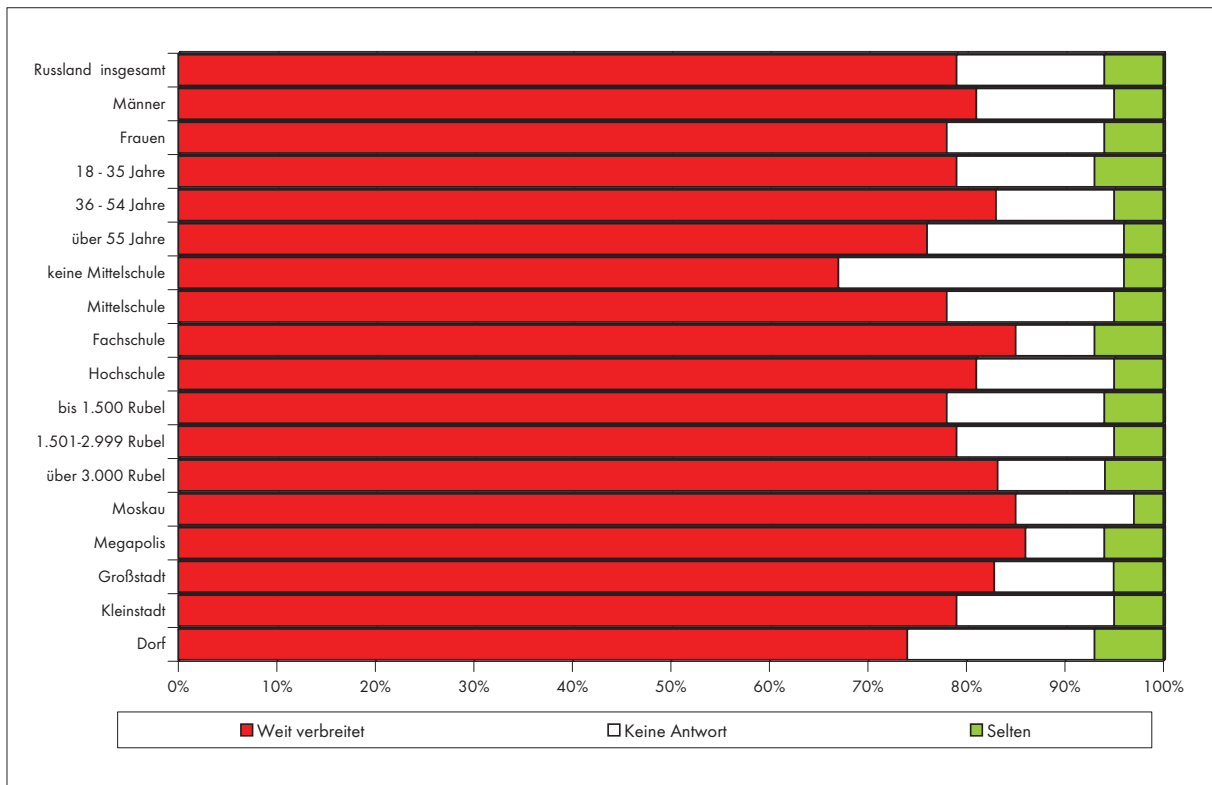


Quelle: http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0606/domt0606_3/tb0600609

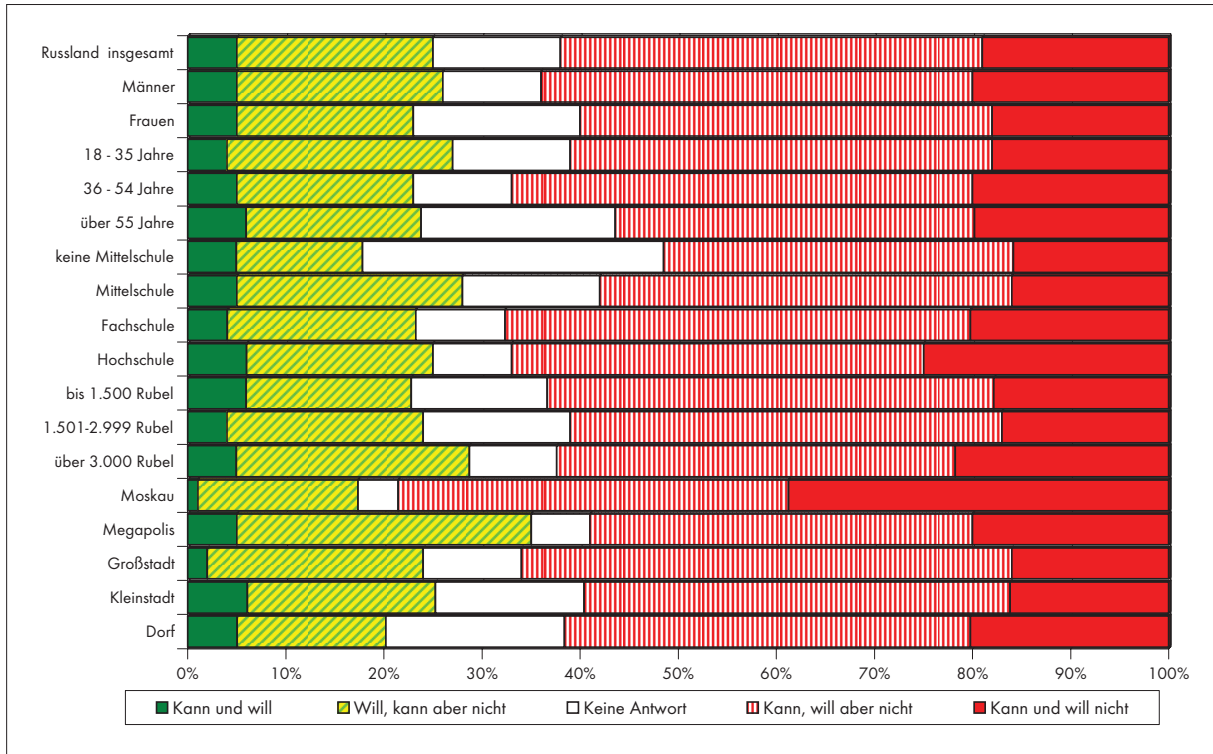
Haben Sie in der Armee gedient? Und wenn ja, sind Sie mit Fällen „regelwidriger Verhältnisse“ in Berührung gekommen?



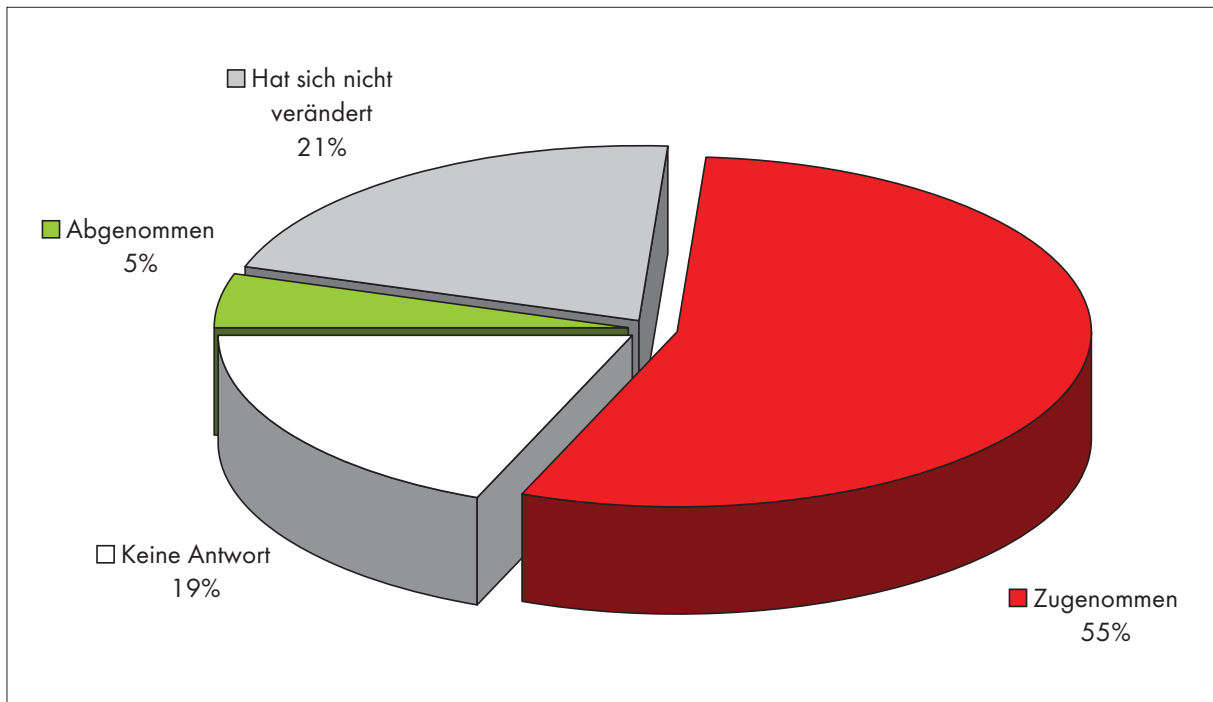
Sind „regelwidrige Verhältnisse“ (Kameradenschinderei) heute in der Armee weit verbreitet?



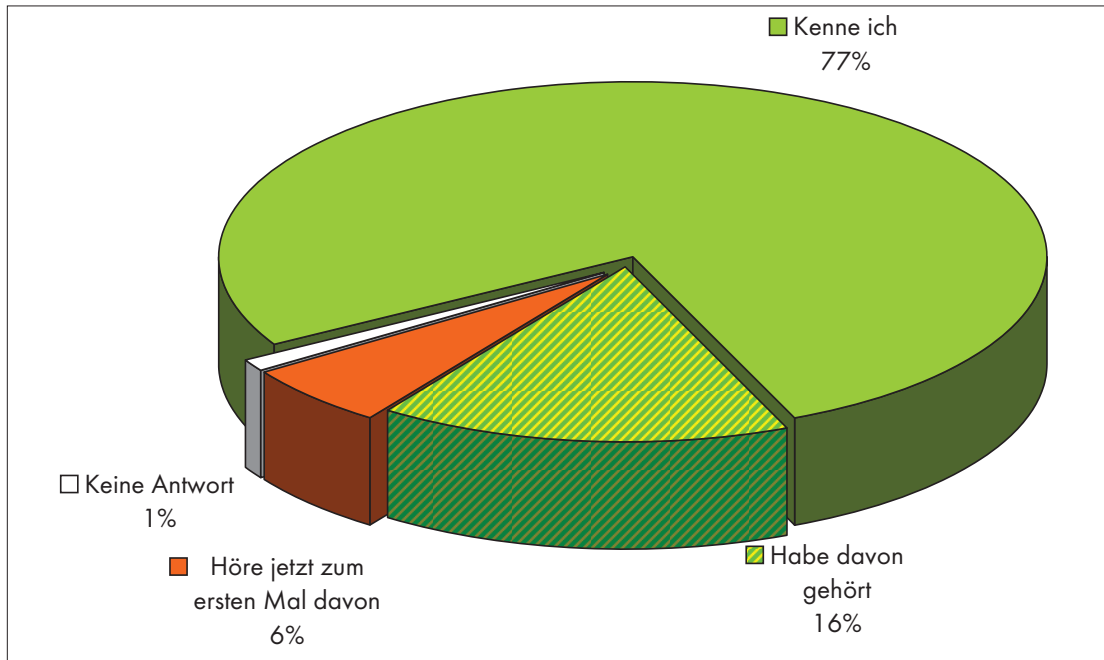
Will bzw. kann die militärische Führung die „regelwidrigen Verhältnisse“ in der Armee ausrotten?



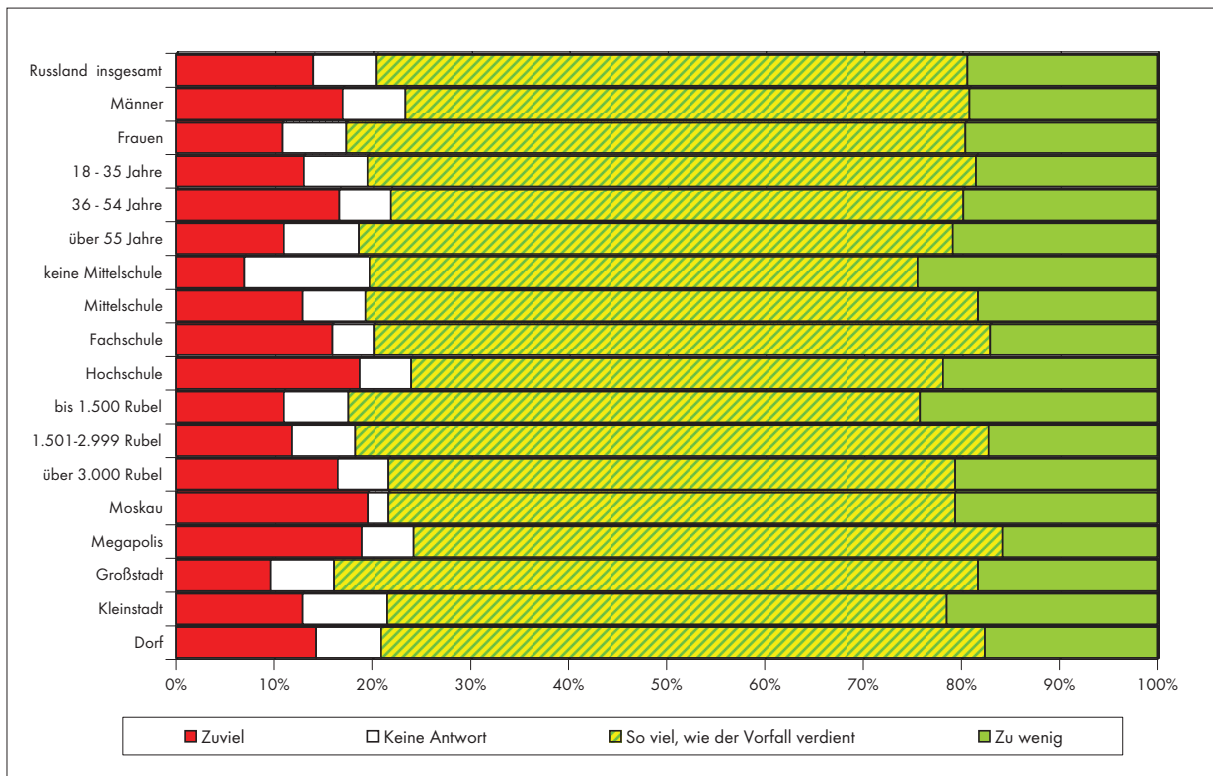
Hat die Kameradenschinderei in den letzten 10–15 Jahren in der russischen Armee zu- oder abgenommen?



Kennen Sie den Fall des Wehrpflichtigen Sytschow?



Widmen die russischen Medien dem Verbrechen am Wehrpflichtigen Sytschow zuviel Aufmerksamkeit?



Quelle: http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0606/domt0606_3/tb0600610

Chronik

Vom 15. bis zum 23. Februar 2006

15.2.2006	Der russische Unternehmerverband benennt drei neue Vorstandsmitglieder: Wagit Alekperow, den Präsidenten des Mineralölkonzerns Lukoil, Alischer Usmanow, den Generaldirektor der Gazprominvestholding und Andrej Bokarew, den Vorstandsvorsitzenden des Kohlekonzerns Kuzbassrazrezugol. Mit der Umbesetzung wird u.a. auch der Platz wieder besetzt, der durch Chodorkowskij's Inhaftierung und Verurteilung vakant geworden war.
15.2.2006	Präsident Putin empfängt James Wolfensohn, früher Präsident der Weltbank, der jetzt als Gesandter des Quartetts der Nahostmediatoren (Russland, EU, UN, USA) agiert, und erörtert mit ihm die Lage im Nahen Osten.
15.2.2006	Das georgische Parlament fordert den Abzug der russischen Truppen, die in Südossetien als Friedenskräfte stationiert sind, und ihren Ersatz durch eine internationale Streitmacht.
15.2.2006	Verteidigungsminister Sergej Iwanow berichtet vor der Duma über den inneren Zustand der russischen Streitkräfte. Im Mittelpunkt stehen die Vorfälle von Kameradenschinderei, die in der gesamten Armee vorkommen. Sergej Iwanow kritisiert die Berichterstattung der russischen Medien über die Zustände im Militär.
15.2.2006	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass sie im Fall einer Karikatur der Wolgograder Zeitung „Gorodskie Westi“ ermittelt. Die Zeichnung zeigte Christus, Buddha, Moses und Mohammed, die angesichts von Fernsehbildern von den Ausschreitungen militanter Demonstranten erklären „Das haben wir Euch nicht gelehrt.“
15.2.2006	„Nasch Region“, eine Zeitung in Wologda, druckt im Kontext einer umfassenden Diskussion die zwölf dänischen Karikaturen des Propheten Mohammed ab, die in islamischen Ländern heftige Demonstrationen ausgelöst hatten.
15.2.2006	In Schweden wird ein russischer Agrarwissenschaftler, der an der Universität Uppsala arbeitet, unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet.
16.2.2006	Magomedali Magomed, der Präsident von Dagestan, tritt vorzeitig zurück.
16.2.2006	Die Staatsduma ratifiziert die UNO-Konvention gegen Korruption. Das Dokument war in Mexiko am 9.12.2003 unterzeichnet worden.
16.2.2006	Der norwegische Außenminister Jonas Gahr Stoere führt in Moskau Gespräche mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew. U.a. geht es um das Schtokman-Gasfeld in der Barentssee.
16.2.2006	Khalil Abu Laila, der Führer von HAMAS, teilt mit, dass er von der russischen Regierung eine offizielle Einladung zu Gesprächen in Moskau erhalten hat.
16.2.2006	Dagestanische Sicherheitskräfte stellen zwei Untergrundkämpfer im verlassenen Schulgebäude eines Dorfes im Nogaj-Distrikt (Nord dagestan). Bei dem folgenden Feuergefecht werden sie getötet.
17.2.2006	Der Präsident bildet per Erlass ein Nationales Komitee zur Bekämpfung des Terrorismus. Zum Vorsitzenden des Gremiums wird Nikolaj Patruschew ernannt, der Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB.
17.2.2006	Der Finanzmagnat Boris Beresowskij, der sich in London im Exil befindet, teilt mit, dass er alle seine russischen Besitztitel an seinen georgischen Partner Badri Patarkatsishvili verkaufen wird.
20.2.2006	Das Regionalparlament von Dagestan wählt auf Vorschlag von Präsident Putin Mucha Alijew zum Präsidenten von Dagestan. Mucha Alijew war 1990–1991 Erster Sekretär des Dagestanischen Gebietskomitees der KPdSU und seit 1995 Vorsitzender des Regionalparlaments.
20.– 21.2.2006	In Moskau führen Igor Iwanow, der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, und Außenminister Sergej Lawrow mit einer sechsköpfigen iranischen Delegation Gespräche über mögliche Regelungen des Konflikts um die iranische Nuklearpolitik. Die russische Regierung hat angeboten, für den Iran Atomanreicherung auf russischem Boden durchzuführen. Die Verhandlungen verlaufen ohne Ergebnis.
20.2.2006	Vertreter von mehr als 10 Parteien unterzeichnen einen „antifaschistischen Pakt“, der sich gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit richtet. dass der rechtsextreme Politiker Shirinowskij zu den Unterzeichnern gehört, wird in der Presse mit Ironie vermerkt.
20.2.2006	Louise Arbour, UN High Commissioner for Human Rights, besucht Russland und führt Gespräche mit Regierungsvertretern und Sprechern von Nichtregierungsorganisationen u.a. im Nordkaukasus.
21.2.2006	Staatsbesuch Putins in Aserbaidschan.
21.2.2006	Putin unterzeichnet den Erlass zur Gründung einer Gesellschaft, die die gesamte russische Flugzeugbauindustrie zusammenfassen soll. 75% der Aktien werden sich in staatlicher Hand befinden.
23.2.2006	In Moskau stürzt das Gebäude des Basmanyj-Marktes ein. Wenigstens 40 Personen werden getötet, weitere 24 verletzt.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de